

COMMON HOME

**MIGRATION UND ENTWICKLUNG
IN EUROPA UND JENSEITS VON
EUROPA**

Recherchiert und geschrieben von Olga Kadysheva, Patrick Taran und Piyasiri Wickramasekara (GMPA), Luisa Fondello, Davide Gnes und Shannon Pfohman (Caritas Europa).

Beiträge und Unterstützung von Addie Cusick, Katya Garcia-Israel, Jaycee Greeley, Tara Thomas (GMPA), Lucy Anns, Leila Bodeux und Ester Bohé (Caritas Europa), Joana Alfaiate (Caritas Portugal) und Tom Devriendt (Caritas International Belgien).

Diese Publikation ist ein Teil von MIND (Migration. Interconnectedness. Development), ein auf drei Jahre von der Europäischen Kommission finanziertes Projekt (DG DEVCO). Das Ziel ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Beziehung zwischen nachhaltiger Entwicklung, Migration und die Rolle der EU in der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Die Partnerorganisationen im MIND-Projekt sind, neben der Caritas Österreich: Caritas Bayern (Deutschland), Caritas Belgien, Caritas Bulgarien, Caritas Tschechien, Caritas Europa, Caritas Italien, Cordaid (Caritas in den Niederlanden), Caritas Portugal, Caritas Slowakei, Caritas Slowenien und Caritas Schweden.

Wenn Sie mehr Informationen über MIND wünschen, folgen Sie der Kampagne: <https://www.caritas.eu/whatishome/>



Diese Publikation wurde von Isabelle Boissieux und Katharina Hartl (Caritas Österreich) übersetzt, die Originalfassung von Mauricio Ruiz und Richard Tuffs lektoriert

Design und Layout von Vanden Broele Group, unterstützt von Leticia Lozano (Caritas Europa) und Tobias Utters (Caritas Bayern)

Druck von Vanden Broele Group

Deckblatt von Jean Bernard Boulnois

Veröffentlicht im November 2019 von Caritas Europa, Rue de la Charité 43, 1210 Brüssel – Belgien.



Diese Publikation wurde im Rahmen des MIND-Projekts erstellt, das finanzielle Unterstützung aus den DEAR-Programmen der EU erhalten hat. Die in dieser Publikation enthaltenen Informationen geben nicht notwendigerweise die Position oder Meinung der EU wieder.

Obwohl alle Anstrengungen unternommen wurden, um die Genauigkeit der Daten und der Informationen sicherzustellen, die in dieser Publikation vorgestellt wurden, können manche Ungenauigkeiten verbleiben. Caritas Europa kann für die weitere Verwendung der in dieser Publikation vorhandenen Informationen nicht verantwortlich gemacht werden. Sollten Sie Fragen bezüglich der sich in diesem Bericht befindlichen Informationen oder Daten haben, zögern Sie nicht, Caritas Europa zu kontaktieren.

KAPITEL 4

CONCLUSIO

Migration ist zu einer strittigen Frage in Europa geworden. Unverantwortliche populistische PolitikerInnen, die aus der wachsenden Frustration der verarmten Arbeiterklasse und der Mittelschicht Kapital schlagen, haben MigrantInnen und ihre Familien zu Sündenböcken gemacht. Während die Angst vor MigrantInnen zur treibenden Kraft hinter politischen Strategien und Maßnahmen in Europa wird, geht der Kontinent das Risiko ein, aus den Augen zu verlieren, was Migration wirklich ist: eine Herausforderung und eine Chance für alle Beteiligten (Avramopoulos 2017). In diesem Kontext hat es das Caritas-Netzwerk für notwendig erachtet, erneut Überlegungen über die komplexen Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung anzustellen.

Diese europaweite Publikation bespricht verschiedene Ebenen, auf denen Migration und Entwicklung in Europa und

weltweit miteinander verknüpft sind. Aus der Perspektive der Caritas, einer Organisation, die weltweit an der Basis tätig ist und sich vor allem für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie für die Förderung der Menschenrechte einsetzt, wird Migration und Entwicklung aus zwei Blickwinkeln betrachtet: Einerseits wurde untersucht, inwieweit Migration an sich möglicherweise zur nachhaltigen Entwicklung der Herkunfts- und Zielländer beiträgt, vorausgesetzt die richtigen Rahmenbedingungen sind in jedem Kontext gegeben. Andererseits wurde beleuchtet, inwiefern Politik und Praktiken der EU und der Mitgliedsstaaten sowohl intern als auch extern zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung der Menschen und zur nachhaltigen Entwicklung der Staaten in Europa und jenseits von Europa beitragen.

4.1. Beiträge in Verbindung mit Migration und Entwicklung in Europa und jenseits von Europa

Die Analyse des europäischen Migrationskontextes, die in 11 Common Home-Studien präsentiert und die von zusätzlichen Sekundärquellen gestützt wurde, zeigt, dass **MigrantInnen und Flüchtlinge seit langem ein elementarer Bestandteil von Europa** - das seit Jahrhunderten von Einwanderungs- und Auswanderungsbewegungen geprägt ist - sind. Insgesamt sind 60 Millionen Menschen oder 11,7% der in der EU lebenden Bevölkerung (in der EU leben insgesamt 512,6 Millionen Menschen) internationale MigrantInnen. Laut der 11 Common Home-Studien stammt mehr als die Hälfte der jeweils Zugewanderten aus EU- Mitgliedstaaten. Es ist also nicht verwunderlich, dass ein großer Anteil der MigrantInnen in mehreren Fällen aus Nachbarstaaten stammt. 2015 erreichte die Anzahl der Asylsuchenden in den (damals noch) 28 Staaten der EU ihren Höchststand und ist seitdem zurückgegangen. Dennoch sollte unterstrichen werden, dass die Anzahl

der Flüchtlinge in den europäischen Ländern im Vergleich zu den Erstzufluchtländern an den Grenzen von Syrien und dem Irak sowie im Vergleich zu den weltweiten Gesamtzahlen ziemlich gering ausfällt.

Die weitere Analyse der Beiträge von Migration und der MigrantInnen zu einer menschlichen und ganzheitlichen Entwicklung in Zielländern und in Europa bestätigt, dass **MigrantInnen bereits wesentlich zum Wohlergehen der europäischen Gesellschaften beitragen**. Ihr Beitrag ist auf dem Arbeitsmarkt unverzichtbar, sie stützen die Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und gründen Unternehmen. Oft spielen sie eine Schlüsselrolle, indem sie die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme sicherstellen und zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereicherung der europäischen Gesellschaften beitragen. MigrantInnen aus vielen europäischen Auswande-

rungsländern wie Italien, Portugal, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik leisten wichtige wirtschaftliche Beiträge in anderen europäischen Ländern oder sogar in Ländern wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada oder Australien. Angesichts der aktuellen sozialen und demografischen Herausforderungen, vor denen mehrere europäische Mitgliedstaaten stehen – insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und Veränderungen der wirtschaftlichen Produktionsweisen, die zu einem signifikanten Arbeitskräftemangel in sämtlichen Arbeitssektoren und Regionen geführt haben – werden diese Beiträge aller Voraussicht nach in der Zukunft noch bedeutender für Gemeinschaften und Länder.¹

Fortdauernde Analysen belegen die **Beiträge von Migration und von MigrantInnen in Ländern außerhalb von Europa**, beispielsweise in Herkunftsländern und betonen, wie wichtig es ist, die menschliche Mobilität als einen maßgeblichen Faktor für eine ganzheitliche, menschliche und nachhaltige Entwicklung zu bewahren. Für viele afrikanische Länder machen die sogenannten Heimat- oder Rücküberweisungen (remittances) einen Großteil ihres BIP aus. Sie überwiegen deutlich die Ströme der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die **steigenden Rücküberweisungen in Herkunftsländern** werden dabei von den Haushalten der MigrantInnen für Produktionstätigkeiten sowie zum Erhalt der Konsumgewohnheiten oder zur Sicherung der Grundbedürfnisse (Bildung,

Gesundheit, Nahrungsmittel) genutzt. Rücküberweisungen sind demnach für das Wohl dieser Haushalte lebenswichtig. Den Überweisungen ist es auch zu verdanken, dass der Zugang zu Chancen, die so oft vom sozioökonomischen Status der Haushalte abhängen, verbessert und Armut eingedämmt wird. MigrantInnen sowie MigrantInnen- und Diasporaorganisationen tragen zum Wissenstransfer und der Verbreitung von Ideen und Praktiken bei. Diese können Entwicklungsprozesse in vielen unterschiedlichen Bereichen in den jeweiligen Herkunftsländern unterstützen. Die regionale Mobilität in den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (REC) in Afrika trägt wie in Europa dazu bei, die Lebensgrundlage der Gemeinschaften und die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte und Wirtschaftssysteme zu erhalten. Aber – genauso wie es in Europa der Fall ist – wäre es ein Fehler, davon auszugehen, dass Migration und MigrantInnen die Hauptverantwortung für die Entwicklung der afrikanischen Länder und Regionen tragen können. Im nächsten Abschnitt wird nun, aus dem zweiten Blickwinkel der Caritas auf Migration und Entwicklung heraus, eine kritische Beurteilung dessen unternommen, was bereits getan wird und was in diesen Bereichen noch getan werden sollte, um eine ganzheitliche menschliche Entwicklung und die Entfaltung des Entwicklungspotentials von Migration zu fördern.

4.2. Hindernisse und Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration und Entwicklung in Europa und jenseits von Europa

Die weitere Analyse der 11 Common Home-Studien zeigt, dass das **Entwicklungspotential von Migration durch zahlreiche Herausforderungen und Hindernisse gefährdet wird. Diese haben zudem negative Auswirkungen auf die europäische Verpflichtung nachhaltige Entwicklung in Zielländern zu fördern.** Herausforderungen und Hindernisse haben sowohl eine europäische als auch nationale Dimensionen und spiegeln die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten wider. Trotz der erfolgten Anstrengungen sind die politischen Strategien und Maßnahmen zur Integration von MigrantInnen auf ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Ebene in den europäischen Gesellschaften im Allgemeinen wenig zufriedenstellend. Am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Krankenhaus erfahren MigrantInnen weiterhin Diskriminierung, unzureichende Unterstützung und einen teilweise eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen. Dies führt uns zur ersten Haupteckkenntnis, die in allen 11 nationalen Common Home-Studien als zentrales Anliegen identifiziert wurde:

Erkenntnis 1: Es bedarf eines längerfristigen globalen Ansatzes zur Migration, der inklusive Integrationsmodelle berücksichtigt und die Sorgen der lokalen Bevölkerungen ernst nimmt.

Die Förderung der Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen im Rahmen einer soliden Integrationspolitik ist nicht nur essentiell, um das volle Potential von Migration auszuschöpfen, sondern auch um der Agenda für eine nachhaltige Entwicklung weltweit gerecht zu werden. Während die EU-Institutionen das Mandat haben, Fördergelder bereitzustellen und Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedsstaaten zu unterstützen (Europäische Kommission n.d.a), sind die Mitgliedsstaaten weiterhin mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Eine der großen Herausforderungen ist der wahrgenommene Wettbewerb zwischen lokalen marginalisierten Bevölkerungsgruppen und einer sichtbaren migrantischen Bevölkerung, die, so wird es angenommen, um vermeintlich knappe materielle Ressourcen wetteifern. Diese Wahrnehmung ist im Kontext größerer struktureller Veränderungen in Europa und global, angefangen von der Prekarisierung von Arbeit und der Restrukturierung

der wirtschaftlichen Produktion (Produktionsverlagerungen, Vergabe von Unteraufträgen, etc.) bis hin zum Rückzug des Wohlfahrtsstaates in vielen europäischen Ländern zu sehen. Diese strukturellen Veränderungen haben erschütternde Auswirkungen auf das Wohlergehen vieler EuropäerInnen. Die ArbeiterInnen- und Mittelklasse erleben in verschiedenen europäischen Ländern eine zunehmende Verschlechterung ihres Lebensstandards. Es wundert nicht, dass im aktuellen neoliberalen Zeitalter, in dem sozioökonomische Ungleichheiten zunehmen, die Wohlfahrtssysteme demontiert werden und der Arbeitsschutz zunehmend geschwächt wird, viele Menschen versucht sind, Migration als Ursache dieser Entwicklungen zu vermuten. Genauso wenig überrascht die sich daraus ergebende Politisierung von Migration im europäischen Kontext und die Besessenheit auf die Bekämpfung von irregulärer Migration. Allerdings ist es wichtig anzumerken, dass diese reflexartige Antwort im Allgemeinen dazu beiträgt, die Rechte von MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden zu beschneiden und aus ihnen Sündenböcke für alle gesellschaftlichen Übel zu machen.

Damit alle von Migration profitieren können, müssen die Integrationsstrategien mit der allgemeinen Sozial- und Wirtschaftspolitik in Einklang stehen, die auf die restliche Bevölkerung und insbesondere auf die am stärksten benachteiligten oder verarmten Bevölkerungsgruppen in Europa ausgerichtet ist. Dieses Verständnis sollte eine erneute Diskussion über die Verflechtungen von Migration und Entwicklung und ganz allgemein über die Art von Gesellschaft, die wir uns für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wünschen, anregen. Einen langfristigen Ansatz zur Integration von MigrantInnen zu fördern geht mit der viel grundsätzlicheren Frage der Wahrung der fundamentalen Menschenrechte und der Achtung der Würde eines jeden Menschen einher. Wenn soziale und wirtschaftliche Marginalisierung bewusst erzeugt wird, Menschen „aus dem System“ verdrängt und Ressentiments gegenüber Zugezogenen gefördert werden, trägt dies zur Erosion von Chancen und Möglichkeiten bei, die kohäsive Gesellschaften in sich bergen und schwächt letztlich das Potential von Migration, um zu einer nachhaltigen Entwicklung in Europa beizutragen. Darüber hinaus kann starke Integration langfristig viel eher Erträge für Zielländer und lokale Gemeinschaften einbringen und einen Aufschwung (stärkere soziale Kohäsion, wichtige Beiträge zum Steuersystem und zur Sozialversicherung, stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt, Verringerung der sozialen Ausgrenzung und Bereicherung des sozialen und kulturellen Lebens) zur Folge haben. Eine integrative und ausgewogene Debatte zu fördern, die schädigende Mythen aus dem Weg räumt und gleichzeitig die Sorgen und Ängste der lokalen Bevölkerung anerkennt, ist umso wichtiger, um den aktuellen toxischen „gebrochenen Narrativen“, die von unverantwortlichen PolitikerInnen angeheizt werden, entgegenzuwirken. Dies bezieht sich auf jüngere, aber möglicherweise sehr gefährliche Entwicklungen, die als zweite zentrale Erkenntnis identifiziert wurden.

Erkenntnis 2: Die zunehmende Feindseligkeit gegenüber MigrantInnen höhlt die soziale Kohäsion in Europa aus und verhindert, dass die Beiträge von MigrantInnen in Ziel- und Herkunftsländern anerkannt werden.

Im aktuellen, von Polarisierung gekennzeichneten politischen Klima werden MigrantInnen and Flüchtlinge oft als Problem dargestellt. Sie werden entweder als Bedrohung für die europäische Wirtschaft, Identität und Sicherheit oder bestenfalls als passive hilfsbedürftige Opfer gezeichnet. Das Ergebnis ist, dass ihre Beiträge zur europäischen Entwicklung dramatisch unterbewertet werden. Es überrascht nicht, dass aufkommende öffentliche Feindseligkeit, Xenophobie und offene Diskriminierung gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen an der sozialen Kohäsion in Europa nagen und die öffentliche Anerkennung der Beiträge von Migration einschränkt. Angesichts der Fülle an verfügbaren Daten und über soziale Medien einfach zu verbreitenden Informationen wird es für die Öffentlichkeit zunehmend schwieriger, Fehlinformationen von faktengestützten Nachrichten zu unterscheiden. Dies hat zu einem „Fake News“-Klima geführt, in dem MigrantInnen vorschnell zu Sündenböcken für Angelegenheiten gemacht werden, die nicht notwendigerweise mit ihnen im Zusammenhang stehen, wie etwa aktuelle makroökonomische Herausforderungen. Ein solches Klima wird von unaufrichtigen Medien und/oder unverantwortlichen Regierungen und populistischen PolitikerInnen, die versuchen bei nationalen oder lokalen Wahlen Stimmen für sich zu gewinnen, angefacht. Aber das führte bisher sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene in eine Sackgasse. Spaltende Rhetorik hat anhaltende Angriffe auf die Rechte von MigrantInnen, die Kriminalisierung von Solidarität und diskriminierende und rassistische Strategien in verschiedenen Bereichen legitimiert. Pro-migrantische rechtliche Maßnahmen wie beispielsweise die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und die Öffnung von weiteren legalen Migrationswegen wurden öfter erfolgreich blockiert, während gute bestehende politische Maßnahmen und Praktiken im Bereich der Integration ausgehöhlt wurden.

Die toxische Mischung aus nationalistisch-populistischen Politiken, negativer und verzerrter Nachrichtenübermittlung und einer frustrierten öffentlichen Meinung – mitunter das Ergebnis einer jahrelangen wirtschaftlichen Krise, neoliberaler Arbeits- und Sozialpolitik, und der Verschlankung des Wohlfahrtsstaats - wurde zu einem schwer zu durchbrechenden Teufelskreis in öffentlichen Debatten, der nach einer starken Gegendarstellung verlangt.

Deshalb ist es wichtig, dass Medien, JournalistInnen, PolitikerInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Verantwortung ernst nehmen und Migration akkurat und verantwortungsvoll im jeweiligen Kontext darstellen. Die Förderung einer ausgeglichenen Debatte wird auch davon abhängen, ob Medienhäuser und Anbieter sozialer Medien in diese Diskussionen miteinbezogen werden, um der Öffentlichkeit letztlich einen

besseren Zugang zu (qualitativ hochwertigen) Informationen zu garantieren. Es sollte betont werden, dass MigrantInnen Menschen und Mitglieder unserer Gemeinschaften sind. Sie sollten niemals als bloße Zahlen, Nummern, als „Probleme“ oder als Themen in Nachrichtensendungen dargestellt werden. Sie sollten die Möglichkeit bekommen für sich selbst zu sprechen, ihre eigenen Geschichten zum Ausdruck zu bringen und ihre eigenen Erfahrungsberichte darzulegen, und sich, sofern sie dies wünschen, in die Politikgestaltung und die Ausarbeitung von Lösungen einzubringen. Ein solcher Ansatz würde erwartungsgemäß dazu beitragen populistische Narrative, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen, zu entschärfen. Außerdem könnte die Hervorhebung einiger Chancen, die mit Migration einhergehen, hilfreich sein.

4.2.1. Externe Dimension mit Fokus auf Afrika

Bei der Analyse der Verflechtungen zwischen Migration und Entwicklung im Kontext der europäischen Außenpolitik wurde ein besonderer Fokus auf den afrikanischen Kontinent und die Beziehungen zwischen der EU und Afrika gelegt. Betrachtet man **den Migrationskontext in Afrika** zeigt sich, wie wichtig es ist, Ausmaß und Reichweite der afrikanischen Migration nach Europa in einen breiten historischen Kontext zu setzen. Migration in all ihren Formen ist ein Bestandteil des Kontinents. Die meisten afrikanischen Länder sind gleichzeitig Herkunfts-, Transit- und Zielländer. In Kontexten wie in der Sahelzone sind jahrhundertalte Muster des pastoralen Nomadismus und der zirkulären/saisonalen Migration mit regionalen Flüchtlings- und IDP-Fluchtwegen sowie mit europäischen Migrationskorridoren verflochten. Obwohl ein erheblicher Teil der afrikanischen MigrantInnen – vor allem, aus dem Norden Afrikas - versucht, Europa zu erreichen, findet **der Großteil der afrikanischen Migration innerhalb des Kontinents statt, insbesondere innerhalb der Subregionen**. Dies spiegelt sich ebenso in der Realität von Asylwider. Allein die afrikanischen Länder südlich der Sahara haben mehr als 30 % der weltweiten Flüchtlingspopulationen aufgenommen. Wenn es darum geht, nachhaltige Entwicklung in Afrika und woanders zu fördern, kommen zahlreiche Herausforderungen und Hindernisse zum Vorschein, die das **Entwicklungspotential von Migration bedrohen und sich auf die europäische Verpflichtung der Förderung einer ganzheitlichen menschlichen Entwicklung in den Herkunftsländern negativ auswirken**. Dazu gehören der unzureichende Fortschritt in Bezug auf eine afrikanische regionale Mobilität, das fehlende Engagement Europas reguläre Migrationswege zu eröffnen, das Fehlen förderlicher Umfelds (hohe Kosten von Rücküberweisungen mitinbegriffen) in Herkunftsländern und die weiterhin begrenzte Beteiligung von Diaspora- und MigrantInnengruppen in Entwicklungs-

prozesse in Herkunftsländern. Sowohl die dritte als auch die vierte zentrale Erkenntnis beleuchten Herausforderungen mit Blick auf die externe Dimension - erstens in Bezug auf die Höhe der Europäischen Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und zweitens bezogen auf die unzureichende Politikkohärenz - näher.

Erkenntnis 3: Der Wert der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit wird infolge der Instrumentalisierung von Entwicklungsgeldern und der EU Prioritäten auf Sicherheit und Migrationskontrolle gefährdet. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen die ODA als zentrales Instrument der Bekämpfung von Armut bewahren.

Trotz der wie zuvor beschrieben vielfachen und verschiedenen Beiträge von Migration zur Entwicklung wäre es ein Fehler, davon auszugehen, dass MigrantInnen die Hauptverantwortung für die Entwicklung von Ländern und Regionen tragen, aus denen sie stammen. Es ist wichtig, das Entwicklungspotential von Migration differenziert zu betrachten und nicht außer Acht zu lassen, dass Migration auch nachteilige Auswirkungen auf Herkunftsländer haben kann wie die Beeinträchtigung der Familieneinheit und des Zusammenhalts, die Bewahrung oder Verschärfung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten und die negative Einflussnahme auf politische Angelegenheiten. Da Migration das Ergebnis von im Grunde individuellen oder familienbezogenen Dynamiken ist, kann nicht erwartet werden, damit öffentlichen Interessen zu dienen. Das öffentliche Interesse muss, angefangen von der lokalen Ebene, durch staatliche oder länderübergreifende Institutionen vertreten werden. Daher sollte Migration viel eher eine Ergänzung zu politischen Strategien und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung sein, die von InteressenvertreterInnen in Afrika oder in Entwicklungsgebieten wie Regierungen und lokalen Akteuren der Zivilgesellschaft ausgestaltet wird. Hier kann die europäische ODA eine wichtige Rolle spielen.

Im aktuellen politischen Kontext werden Stimmen aus verschiedenen Lagern des politischen Spektrums laut, die den Mehrwert und die Relevanz der ODA als Instrument der europäischen Außenpolitik in Frage stellen. Dennoch bleibt die ODA das primäre Instrument, durch das sowohl die Europäische Union als auch ihre Mitgliedsstaaten Armut, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten und die Klimaveränderung – die aktuell größten Herausforderungen unserer Zeit – bekämpfen können. Sofern die ODA entsprechend auf Bedürfnisse und Prioritäten der Partnerländer reagiert, relevanten Bereichen (beispielsweise der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, der guten Regierungsführung, Konfliktprävention, Zugang zu Ernährungssicherheit, Menschenrechte, Demokratisierung) zugutekommt und lokale InteressenvertreterInnen (inkl. der Zivilgesellschaft)

miteinbezieht, kann sie in der Tat eine wichtige Rolle in der weltweiten Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung spielen.

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen im Zusammenhang mit der europäischen ODA, die den Mehrwert unter anderem durch Phantomhilfe und die Versicherheitlichung (securitisation), also die Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit für Sicherheitsagenden, das Mainstreaming von Migration in der Entwicklungspolitik, die fehlende Politikkohärenz und die problematische Rolle des Privatsektors limitieren. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass das eigentliche Potential der ODA, zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen zu können, ausgehöhlt wird. Hinzu kommt, dass die Entwicklungspolitik zunehmend direkt mit den kurzfristig gedachten Zielen der Verminderung von Migration verknüpft wird. Das oben beschriebene migrationsfeindliche Klima war vermutlich die treibende Kraft hinter der neuen politischen Agenda der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Insbesondere scheinen die Sorgen der Union bezüglich der Sicherung ihrer Außengrenzen und der Bekämpfung – oder zumindest der Begrenzung – von irregulärer Migration außerhalb Europas beinahe all die anderen Bedenken in Zusammenhang mit dem Schutz der MigrantInnen- und Flüchtlingsrechte und der Wahrung der Entwicklungszusammenarbeit als einziges Instrument zur Armutsbekämpfung zu überlagern. Es wäre kurzsichtig, die europäische Entwicklungszusammenarbeit als Teil einer größeren migrationsreduzierenden Strategie zu nutzen. Dieser Ansatz wirkt sich vermutlich nicht nur kontraproduktiv auf die deklarierten Ziele aus, sondern riskiert auch die langfristigen Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit zu gefährden. Wenn die EU vorhat, ihre globale Rolle als Werte und Prinzipien geleiteter, internationaler Akteur beizubehalten und sicherstellen will, dass die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Armut signifikant reduziert, sollte die ODA folglich ein Eckpfeiler der europäischen Außenaktivitäten bleiben und nicht durch andere außenpolitische Ziele beeinflusst werden. Dies führt uns zur vierten Erkenntnis.

Erkenntnis 4: Die ganzheitliche menschliche Entwicklung von MigrantInnen und ihre Menschenwürde sind aufgrund gegensätzlicher außenpolitischer Ziele in der EU und in ihren Mitgliedsstaaten gefährdet.

Es ist bekannt, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten (in unterschiedlichem Ausmaß) verschiedene außenpolitische Ziele verfolgen, die ihren Entwicklungszielen zuwiderlaufen und dazu beitragen könnten, das Streben nach einer nachhaltigen Entwicklung für Länder und Gesellschaften außerhalb Europas zu verletzen. Diese miteinander im Widerspruch stehenden Politikfelder (z.B. Handels-, Agrar-, Klimawandel-, Steuer-, Verteidigungs- und Sicherheits-, Umwelt- und Asylpolitik) tragen dazu bei, die positive Rolle der ODA und der Entwick-

lungszusammenarbeit im weiteren Sinne zu kompromittieren und zu untergraben. Viel mehr verschärfen diese politischen Strategien und andere Maßnahmen in bestimmten Fällen (z.B. Waffenverkäufe, Landraub, Ausbeutung natürlicher Ressourcen, etc.) mitunter die Lebensbedingungen – wie weitverbreitete soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, Konflikte und Klimaveränderung, die letztlich zu erzwungener Migration und Vertreibung führen und damit zu Lebensbedingungen beitragen, die irreguläre Migrationsbewegungen nach Europa mitverursachen. Dies ist umso besorgniserregender, als dass Europa nicht bereit ist, reguläre Migrationskanäle zu erweitern, was bislang zu einer Verbitterung der Beziehungen mit afrikanischen Partnern in Bezug auf die migrationspolitische Zusammenarbeit geführt hat.

In Bezug auf die Beziehung zwischen Handel und Migration neigen Analysen dazu, sich darauf zu fokussieren, ob der Handel entweder international oder in Aufenthalts- und Herkunftsländern profitiert. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Migration dem Handel meistens Vorteile verschafft und dass sie sich viel eher ergänzen. Doch die Länder sind dem Handel gegenüber oft viel eher aufgeschlossen als gegenüber MigrantInnen. Wenn das äußerst komplizierte System der Push- und Pullfaktoren, das Migrations- und Handelsbeziehungen zugrunde liegt und zudem das Thema Politikkohärenz außer Acht gelassen werden, führt dies zu einer Vielzahl an unerwarteten Konsequenzen. Ein weiteres Beispiel dafür, wie europäische Politik dazu beiträgt nachhaltige Entwicklung außerhalb Europas zu untergraben, bezieht sich auf das Steuerregime. Internationalen Steuerverhandlungen liegt ein globales Ungleichgewicht zu Lasten von Entwicklungsländern zugrunde, die oft nicht in der Lage sind, genauso viele Überschüsse aus Steuern im eigenen Hoheitsgebiet zu erzielen. In dem Bestreben, diese Herausforderung zu bewerkstelligen, hat das Europäische Parlament an seine Mitglieder appelliert Entwicklungsländer bei der Aushandlung von Steuerabkommen fair zu behandeln.

Die Sicherheits- und Außenpolitik gehören ebenso zu den Bereichen, die Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer haben können. Sicherheitsorientierte Maßnahmen, die von Entwicklungsinstrumenten finanziert wurden, wurden bereits als potentiell bedenklich hervorgehoben. Diese sind besonders problematisch, wenn sie nur die Prioritäten und Interessen der europäischen Außenpolitik widerspiegeln. Ein anderer Widerspruch bezieht sich auf Exporte von Waffen und militärischer Ausrüstung der EU in Entwicklungsländer, die dazu führen können, dass Situationen, die Menschen in die Flucht zwingen, erhalten oder sogar verschlimmert werden. Die Rolle der EU als Mitverursacherin des Klimawandels deutet ebenso auf Widersprüche hin. Die EU einigte sich im Jahr 2014 auf das Klimaschutzziel, die Emissionen bis 2030 um 40 % zu reduzieren. Seither wurde eine Fülle an rechtlichen Maßnahmen auf EU-Ebene gebilligt. Trotzdem hat die EU einen der weltweit größten ökologischen

Fußabdrücke und die schlechtesten CO₂-Emissionswerte pro Kopf. Obwohl es sich um ein weltweites Phänomen handelt, trifft der Klimawandel Menschen in weniger entwickelten Ländern ungleich stärker, und kann zu zusätzlichen Vertreibungen führen. Schätzungen zufolge werden bis 2050 mehr als 143 Millionen Menschen, größtenteils in Entwicklungsländern, gezwungen sein aufgrund der zunehmenden Umweltzerstörungen ihre Heimat zu verlassen. All diese Maßnahmen stehen letztlich im Widerspruch mit den Entwicklungszielen und sie haben auf die Lebensbedingungen und das Wohlergehen ganzer Gemeinschaften in Entwicklungsländern oft sehr negative Auswirkungen. Ähnliche Effekte zeigen sich hinsichtlich des Landraubs und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Diese Tendenzen und die daraus resultierenden widersprüchlichen Strategien und Maßnahmen sind besorgniserregend. Sie stellen eine völlige Missachtung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PKE) dar und scheitern daran, den Menschen in den Mittelpunkt von Politik zu stellen oder ein Klima für eine ganzheitliche menschliche Entwicklung zu ermöglichen und zu fördern.

4.3. Chancen in Bezug auf Migration und Entwicklung in Europa und jenseits von Europa

Aus dem zweiten Blickwinkel heraus, aus dem die Caritas Migration und Entwicklung betrachtet, werden im nächsten Kapitel Chancen präsentiert, die aus den Daten – Ergebnisse bestehender Strukturen, politischer Strategien und Praktiken – für eine ganzheitliche menschliche Entwicklung und die Förderung des Entwicklungspotentials von Migration in Europa und anderswo hervorgehen.

Chancen für Migration ergeben sich aus einer Vielzahl an geltenden Konventionen, politischen Strategien und vielversprechenden Praktiken in Zielländern sowie aus der vielseitigen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren und der Zivilgesellschaft. Beispielsweise bieten die Agenda 2030, der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (oder Globaler Migrationspakt) und die Urbane Agenda einen sinnvollen Rahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen, um sich für inklusive politische Maßnahmen einzusetzen und die Integration von MigrantInnen mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Wahrung der Menschenrechte und der menschlichen Würde, zu verknüpfen. Die positiven Ergebnisse und Chancen, die sich aus dem dauerhaften Aufnahmeprogramm „Resettlement“ für Flüchtlinge sowie innovativen privaten und/oder gemeinschaftlichen Sponsorenprogrammen ergeben, sollten eine größere öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Darüber hinaus tragen solche Programme, wenn diese mit Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen (inkl. der Caritas) wie auch

Während die EU versucht hat, die fehlende Politikkohärenz durch die Verankerung der PKE in den Griff zu bekommen, bleiben sowohl in der Interpretation als auch in der Praxis zahlreiche Widersprüchlichkeiten bestehen, die zu einer eher wirkungslosen Übersetzung auf operativer Ebene führen. Das Ergebnis ist, dass es weder Klarheit noch Konsens unter den institutionellen Akteuren hinsichtlich des Bekenntnisses der EU gegenüber Entwicklungsländern gibt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind gefordert, eine größere Anstrengung zu unternehmen, damit sichergestellt wird, dass durch ihre Politik in den Entwicklungsländern kein Schaden verursacht, sondern viel mehr ein positiver Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung herbeigeführt wird. In einem Kontext, in dem die Verpflichtungen der EU bezüglich der PKE unklar bleiben, in dem die PKE oft umgekehrt angewendet wird (Entwicklung im Dienste anderer Politikbereiche) und wo Mobilität als sicherheitsrelevantes Problem dargestellt wird, ist es klar, dass der politische Wille ein entscheidender Faktor bleibt, um der PKE Wirksamkeit, wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, zu verleihen.

institutionellen Partnern umgesetzt werden, zur Stärkung der sicheren und legalen Wege für Schutzsuchende bei. Eine weitere allgemeinere Chance stützt sich auf bestehende rechtliche Rahmenbedingungen und Konventionen zum Schutz der Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen. Aus der Analyse zeigt sich wie sich zusätzliche Chancen durch erfolgreiche Integrationspolitik und -praktiken am Arbeitsplatz, politische Maßnahmen und Praktiken zur Inklusion von MigrantInnen sowie Projekte und Aktivitäten, die den interkulturellen Dialog, gegenseitiges Verständnis und die gesellschaftliche sowie politische Teilhabe von MigrantInnen und/oder MigrantInnen- und Diasporaorganisationen fördern, ergeben. All diese Chancen, die der Nachweis für eine positive Zusammenarbeit, erfolgreiche Geschichten und persönliche Berichte sind, könnten von einer größeren öffentlichen Sichtbarkeit profitieren.

In Hinblick auf die externe Dimension hat die Publikation ebenfalls politische Strategien und praktische Möglichkeiten untersucht, welche nachhaltige Entwicklung und das Entwicklungspotential von Migration in Herkunftsländern fördern. Erneut wurde die Bedeutung des Rahmenwerks der Agenda 2030 und der PKE, aber auch die der Verhandlungen zwischen der EU und der AKP-Staaten (die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) sowie des MFR (mehrjähriger Finanzrahmen) sichtbar. Dabei handelt es sich um Schlüsselrahmenwerke für die Zivilgesellschaft und andere Interessengruppen, um sich für eine bessere Qualität als auch eine Er-

höhung der ODA einzusetzen. Der Globale Migrationspakt, die transnationalen Ausbildungspartnerschaften („Global Skills Partnership of Migration“) und die Stärkung der afrikanischen regionalen Mobilität wurden als vielversprechende Werkzeuge genannt, um die Beiträge von Migration auf Entwicklung besser auszuschöpfen. Einige innovative politische Strategien und Projekte beziehen sich auf Rücküberweisungen oder die Miteinbeziehung von Diasporaorganisationen in die Entwicklungszusammenarbeit. Dies führt uns letztendlich zur fünften Erkenntnis, die auch eine Erinnerung an nationale und EU-PolitikerInnen sein soll, wenn es darum geht, einen umfassenden Ansatz für sämtliche zukünftige und langfristige Migrations- und Entwicklungsstrategien zu entwickeln.

Erkenntnis 5: Migration ist ein selbstverständlicher Teil des Lebens. Es braucht Möglichkeiten, damit Menschen nicht aus Verzweiflung zur Migration gezwungen werden, sondern über sichere und legale Wege ihre persönlichen Lebensprojekte verwirklichen können.

Migration und Mobilität sind zwei universale Merkmale der Menschheit. Seit Anbeginn der Zeit sind Menschen in Bewegung und es kann nicht erwartet werden, dass sich dies ändert. Ganz im Gegenteil ist in Zukunft sogar eine größere Mobilität zu erwarten. MigrantInnen sind oft sehr belastbar und, abhängig von ihrer Lebenssituation und finanziellen Zwängen, in der Lage Entscheidungen zu treffen, wenn es darum geht, auf Lebensumstände zu reagieren und zu entscheiden, ob, mit wem und wann sie flüchten oder ihr Land verlassen. Zu erwarten, dass dieser Prozess durch Entwicklungszusammenarbeit wesentlich beeinflusst werden könnte, wäre naiv und würde voraussichtlich scheitern. Unabhängig von den unternommenen Anstrengungen, um Migrationsbewegungen aufzuhalten, zu stoppen oder zu verhindern, werden verzweifelte und einfallreiche Menschen immer einen Weg finden und weiterhin ihr Leben auf immer gefährlicheren Routen aufs Spiel setzen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb sich die internationale Zusammenarbeit eher darauf konzentrieren sollte reguläre Mobilität zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung aller Länder zu erleichtern. Wenn ein sinnvoller Zusammenhang zwischen ODA und Migration hergestellt werden sollte, sollte eines sichergestellt werden: Entwicklungspolitik sollte dazu beitragen, dass Migration viel eher eine Wahlmöglichkeit als eine Notwendigkeit wird. Dabei sollte bedacht werden, dass, wie im Kapitel 1 der Gesamtpublikation dargestellt, Entwicklung auf lange Frist mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftlich motivierte Migration reduziert (aber niemals komplett stoppt). Um die Vorteile von internationaler Migration voll auszuschöpfen, sollte reguläre Migration gestärkt werden, indem Menschen aller Qualifikations- und Bildungslevels sowie aller wirtschaftlicher Hintergründe die Chance gegeben wird, sich sicher und legal zwischen Herkunfts- und Zielländern zu bewegen.

Aus rechtlicher Sicht, da die EU den internationalen Flüchtlings- und Menschenrechten verpflichtet ist, können die negativen Auswirkungen der Außenpolitik nicht geleugnet werden. Die EU sollte vielmehr die Menschenrechte achten und die Schutzbedürfnisse respektieren und gleichzeitig die menschliche, ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung der Menschen in Ziel-, Transit- und Herkunftsländern fördern.

Letztendlich zeigen die Kombinationen dieser verschiedenen Dimensionen (beispielsweise die interne vs. die externe Dimension, Zielland vs. Herkunftsland, Barriere vs. Chance) die Verflechtungen von Migration und Entwicklung – sowohl in der Politik als auch in der Praxis vor Ort. Das gesamte Datenmaterial und die Erkenntnisse dieser Publikation spielen auf die Komplexität des Nexus zwischen Migration und Entwicklung an. Letztlich geht es darum, das Zusammenspiel von Migration und Entwicklung erfolgreich zu gestalten, denn: 1) Migration ist eine Chance für die nachhaltige Entwicklung aller Länder und Gemeinschaften und sollte mithilfe von Maßnahmen, die die Würde und Rechte von MigrantInnen sichern, erleichtert werden; 2) Die Entwicklungsagenda sollte sich in erster Linie mit der Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Europa und in Entwicklungsländern zum Wohle aller beschäftigen und gewährleisten, dass Migration größtenteils eine Wahlmöglichkeit wird und nicht aufgrund von Not und Verzweiflung der einzige Ausweg bleibt. Die Erkenntnisse der Publikation zeigen, dass Staaten - unter der Voraussetzung von geeigneten Strukturen und rechtlichen Möglichkeiten - auf das Potential, das sich durch Migration nicht nur für eine ganzheitliche menschliche Entwicklung von MigrantInnen, ihren Familien und Gemeinschaften, sondern auch für die nachhaltige Entwicklung von Herkunfts-, Transit- und Zielländern ergibt, aufbauen sollten.

Im folgenden Abschnitt werden zusätzlich zu den zentralen Erkenntnissen wesentliche Empfehlungen vorgebracht. Diese richten sich allen voran an politische EntscheidungsträgerInnen auf EU Ebene, die in der Europäischen Kommission, im Parlament und dem Rat der Europäischen Union und gegebenenfalls im Europarat tätig sind.

KAPITEL 5

EMPFEHLUNGEN AN INTERESSEN- VERTRETER/INNEN AUF EU EBENE

In diesem Abschnitt werden die wesentlichen Empfehlungen, die sich allen voran an politische EntscheidungsträgerInnen in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament, im EU-Rat und gegebenenfalls im Europarat richten, vorgelegt.¹ Die Empfehlungen ergänzen die zahlreichen bestehenden und von der Caritas² und anderen Nichtregierungsorganisationen über die Jahre vorgebrachten Vorschläge, um die Würde und die Rechte von MigrantInnen, die Asylschutzstandards, die Wirksamkeit der Zusammenarbeit und die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen. Caritas Europa appelliert an die EntscheidungsträgerInnen der Europäischen Union:

- Migrations- und Entwicklungspolitik zu priorisieren, die es Menschen ermöglicht, ihr Potential zur Erreichung ihrer Lebensprojekte auszuschöpfen und allen voran ihre ganzheitliche menschliche Entwicklung zu verwirklichen. Den negativen Diskurs über Migration zu verändern und aufkommenden Feindseligkeiten und gefährlichen Einstellungen MigrantInnen und Migration gegenüber entgegenzuwirken.
- Die in dieser Publikation beschriebenen Hindernisse, die den Beitrag und die Anerkennung der MigrantInnen sowohl in den Ziel- als auch Herkunftsländern verhindern, wirksam zu beseitigen.
- Faktoren zu fördern, die die vollständige Teilhabe von MigrantInnen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und ihren Beitrag anerkennen.

Um dies zu verwirklichen, sollten wir den Chancen, die eine volle Entfaltung des Entwicklungspotentials von Migration ermöglichen und die ganzheitliche menschliche Entwicklung von MigrantInnen sowohl in Ziel- als auch Herkunftsländern erhöhen, mehr Aufmerksamkeit schenken.

Empfehlungen der Caritas an EntscheidungsträgerInnen in der EU:

Um den negativen Diskurs über die Migration zu verändern und der aufkommenden Feindseligkeit und den gefährlichen Einstellungen MigrantInnen und Migration gegenüber entgegenzuwirken

- 1 Migration darf nicht weiter mit Sicherheitsproblemen in Verbindung gebracht werden. Stattdessen soll die wichtige Rolle der Beiträge von MigrantInnen und von Migration zur Entwicklung sowohl in Herkunfts- als auch Zielländern hervorgehoben werden.
- 2 Fehl- und Falschinformationen müssen bekämpft werden, indem evidenzbasierte Forschung unterstützt und eine objektive Debatte über Migration und Entwicklung in den Medien und der breiteren Öffentlichkeit gefördert wird.
- 3 Migration und MigrantInnen müssen durch Geschichten und Erfahrungsberichte vermenschlicht werden, indem die Menschen im Fokus stehen und die vielen Beiträge der MigrantInnen in ihren Ziel- und Herkunftsländern sichtbar gemacht werden.
- 4 Das Bewusstsein für die Ursachen von erzwungener Migration muss gestärkt werden. Das betrifft auch die Auswirkungen der Praktiken und Politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Herkunftsländer wie beispielsweise die Folgen von Waffenverkäufen, Landraub oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen.
- 5 Es braucht evidenzbasierte Forschung und bewusstseinsbildende EU-weite Kampagnen über die Chancen, die sich aus Migration ergeben. Die vielen Beiträge von MigrantInnen zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern müssen anerkannt werden.
- 6 Außerdem sollten eine Kultur der Begegnung und positive Narrative über Migration gefördert werden.

Um das Entwicklungspotential von Migration voll auszuschöpfen und die ganzheitliche menschliche Entwicklung der MigrantInnen in den Zielländern zu fördern:

- 7 Chancengleichheit und die Nichtdiskriminierung sollten Priorität haben und gefördert werden, insbesondere durch die Einhaltung der bestehenden Gleichbehandlungsrichtlinien³ und durch den Abschluss der EU-Verhandlung zur Anti-Diskriminierungs-Richtlinie, damit Diskriminierung aufgrund von Alter, Behinderung, Religion oder Glauben etc. in allen Kompetenzbereichen der EU verboten wird.⁴
- 8 Es braucht Strukturen und Praktiken, die die volle und aktive Teilhabe von Gemeinschaften in der Gesellschaft zulassen und fördern, insbesondere durch die Förderung der Arbeitsmarktintegration und durch den Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten für alle.
- 9 Es sollte ein Umfeld gewährleistet werden, das ganzheitliche menschliche Entwicklung fördert und den Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen für alle – auch für MigrantInnen – sicherstellt und unterstützt.
- 10 Strukturelle Hindernisse, die eine aufnahmebereite Gesellschaft verhindern, müssen überwunden werden, da ohne Teilhabe keine Integration möglich ist:
 - Es sollte ein qualitativ hochwertiges, zugängliches und bezahlbares Sozialwesen für alle sichergestellt werden. Besondere Bedürfnisse von Frauen (und Kindern) mit Migrationsbiographie, die oftmals höheren Risiken und Verletzlichkeiten ausgesetzt sind, müssen besonders beachtet werden.
 - Es braucht Investitionen in die frühkindliche Bildung und Betreuung sowie in die Förderung von Familien.
 - Der Zugang zu Arbeit sollte für alle, mit einem Fokus auf besonders ausgegrenzte Personen, gewährleistet werden.
 - Die Qualität von Arbeit sollte gehoben, Ungleichheiten am Arbeitsmarkt bekämpft und Maßnahmen zur Förderung der Sozialwirtschaft, sozialer Unternehmen und des sozialen Unternehmertums geschaffen werden.

- MigrantInnen sollte es ermöglicht werden eine aktive Rolle in ihrer eigenen Selbstbestimmung zu spielen (z.B. durch die Anerkennung ihrer Handlungsfähigkeit eigene Entscheidungen treffen und Taten setzen zu können, und gleichzeitig durch ihre Einbindung in politische Prozesse, die sie betreffen).
- 11 Es sollten Strukturen gefördert werden, die die Miteinbeziehung von MigrantInnen-/Diasporagruppen in soziale und politische Angelegenheiten sicherstellen.
- 12 Es muss für eine geordnete, sichere und verantwortungsvolle Mobilität und die Einhaltung der Menschenrechte im Einklang mit der Agenda 2030 und den Zielen für eine Nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie des globalen Migrations- und Flüchtlingspaktes Sorge getragen werden.
- 13 Die Agenda 2030 und die nachhaltigen Entwicklungsziele sollten in einer partizipativen, inklusiven, transparenten und universellen Weise umgesetzt werden, indem das Engagement aller InteressenvertreterInnen, insbesondere der Zivilgesellschaft und der MigrantInnen-/Diasporagruppen gestärkt wird.
- 14 Es braucht mehr sichere und legale Wege nach Europa, die der Praxis besser gerecht werden und Korridore für internationalen Schutz, Erwerbsarbeit und Familienzusammenführung möglich machen. Resettlement, humanitäre Aufnahmeprogramme, humanitäre Visa, gemeinschaftliche Sponsorenprogramme, Familienzusammenführung, Erleichterungen bei Arbeitsvisa und andere Mobilitätsprogramme sollten gefördert werden.
- 15 Der Zugang zu Asyl muss weiterhin sichergestellt werden. Das bedeutet, dass Asylgesetze, die Erteilung des Flüchtlingsstatus nach Genfer Konvention und das Recht auf Asyl respektiert und das Recht, in der EU um Asyl anzuschauen, gewahrt werden.
- 16 In den Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, insbesondere der Dublin-Verordnung, braucht es die Solidarität der EU-Mitgliedstaaten und eine gemeinsame Verantwortung bzgl. der Aufnahme von Asylsuchenden.
- 17 Es sollte ein förderliches Umfeld für humanitäre Hilfe und Solidarität gegenüber MigrantInnen gefördert werden und die bewusste Vermischung der Rolle von NGOs mit der des Menschenhandels ein Ende finden. Zivilgesellschaftlicher Raum darf nicht beschnitten werden. Ebenso müssen Menschenrechtsverstöße gegen MenschenrechtsaktivistInnen, einschließlich Verleumdungskampagnen, Bedrohungen und Angriffe, verhindert werden.
- 18 Wie nach dem Prinzip einer „Firewall“ soll sichergestellt werden, dass MigrantInnen – unabhängig von ihrem administrativen Status und ohne Angst vor Abschiebung - Zugang zu Grundleistungen und humanitärer Hilfe bekommen, die von öffentlichen Einrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten werden. Opfer von Menschenhandel und -schmuggel müssen ohne Angst oder Verfolgung Zugang zur Justiz bekommen.

Um das Entwicklungspotential von Migration voll auszuschöpfen, die Chancen zu erhöhen, dass MigrantInnen zu einer ganzheitlichen menschlichen Entwicklung und zur nachhaltigen Entwicklung in Herkunftsländern beitragen können, und um ein erfolgreiches Zusammenspiel von Migration und Entwicklung zu garantieren

- 19 Im Zentrum aller Partnerschaften mit Drittstaaten muss die Einhaltung der Menschenrechte stehen. Dazu gehören Mechanismen für Monitoring und Rechenschaftslegung. Die Zusammenarbeit mit Ländern, die die Menschenrechte nicht achten, sollte neu überdacht werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Menschen bei Androhung von Misshandlung oder Tod im Herkunftsland nicht rückgeführt oder abgeschoben werden.
- 20 Es sollte eine Außenpolitik gefördert werden, die im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung steht und mit ausreichend Ressourcen ausgestattet ist, um besonders ausgegrenzte Menschen zu ermächtigen. Es muss sichergestellt werden, dass die Europäische Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ausschließlich für die Bekämpfung der Ursachen von Armut und der Treiber von erzwungener Migration (Konflikte, Umweltkatastrophen, Verfolgung, strukturelle Ungleichheiten, fehlende

verantwortungsvolle Staatsführung, etc.) und nicht zum Zwecke der Eindämmung von Migration eingesetzt wird.

- 21 Die ODA muss Empfängerländern aufgrund von aktuellen Bedarfen und Entwicklungsstrategien und nicht aufgrund von außenpolitischen Zielen der EU (insbesondere in Bezug auf den Handel, Steuerpolitik, Sicherheit, Waffenexporte, Migrationssteuerung und -kontrolle, etc.) zugutekommen.
- 22 Die fehlende Politikkohärenz sollte durch die Durchsetzung der Politikkohärenz für Entwicklung (PKE) in Angriff genommen werden. Außerdem sollte Unstimmigkeiten bei der Interpretation und Umsetzung entgegnet werden, damit die Politikkohärenz wirkungsvoll auf die operative Ebene übersetzt werden kann.
- 23 Die Außenpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sollte positiv zur nachhaltigen Entwicklung beitragen und darf den Entwicklungsländern keinen Schaden zufügen. Das bezieht sich auch auf bestehende Rahmenwerke zur regionalen Mobilität im globalen Süden.

- 24 In neuen Kooperationsabkommen und –bestimmungen, die zwischen der EU, ihren Mitgliedsstaaten, Drittstaaten und Regionen diskutiert werden, muss sichergestellt werden, dass keine Konditionalitäten in Bezug auf Migrationsmanagement, Rückübernahme und (erzwungene) Rückführung enthalten sind.
- 25 Wenn es um Schwerpunktsetzungen in laufenden Verhandlungen und zukünftigen Vereinbarungen geht, muss eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen der EU und den Partnerländern sichergestellt werden.
- 26 MigrantInnen-/Diasporagruppen sollen in die Entwicklungszusammenarbeit und in transnationale Partnerschaften involviert werden.
- 27 Transaktionskosten auf Rücküberweisungen von MigrantInnen sollen bis 2030 gemäß dem Ziel 10.c der SDGs auf weniger als 3% gesenkt und Rücküberweisungskorridore von über 5% beseitigt werden.

Anmerkungen

Zu Kapitel 4

¹ Eine interessante Diskussion zukünftiger Migrationsszenarios, die über die sozialen Veränderungen sowie die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Europa und weltweit Bilanz zieht, findet sich bei Szczepanikova, Alice and Tina van Crieking 2018.

Zu Kapitel 5

¹ Empfehlungen auf nationaler Ebene finden sich in den 11 länderspezifischen Common Home-Studien auf der Webseite der Caritas: <https://www.caritas.eu/common-home-series>.

² Bitte berücksichtigen Sie auch andere Publikationen und Positionen der Caritas zu diesem Thema, wie etwa Caritas Europa 2016b; Caritas Europa 2018c; Caritas Europa 2019c.

³ Dies bezieht sich auf Richtlinien gegen die Diskriminierung aus Gründen der Rasse und der ethnischen Herkunft, gegen die Diskriminierung bei der Arbeit, für die Gleichstellung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und für die Gleichstellung von Männern und Frauen beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Leistungen.

⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete im Jahr 2009 den Richtlinienvorschlag (COM(2008)462) gegen die Diskriminierung aufgrund von Alter, sexuelle Orientierung, Religion oder Glauben etc. am Arbeitsplatz (Europäische Kommission n.d.u). Der Vorschlag ist seither jedoch in der ersten Lesung im Europäischen Rat hängen geblieben. Existierende Nichtdiskriminierungsvorschriften der EU schützen aktuell nur vor der Diskriminierung von Frauen aus Gründen der Rasse und der ethnischen Herkunft auf dem Arbeitsmarkt.



Rue de la Charité 43
1210 Brussels - Belgium
Tel: +32 (0)2 280 02 80
info@caritas.eu
www.caritas.eu



Diese Publikation wurde im Rahmen des MIND-Projekts erstellt, das finanzielle Unterstützung aus den DEAR-Programmen der EU erhalten hat. Die in dieser Publikation enthaltenen Informationen geben nicht notwendigerweise die Position oder die Meinung der EU wieder.